Ä1 zu A1: Vielfalt im Landesvorstand

Antragsteller*innen Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt)

Von Zeile 3 bis 6:

Gleichstellungspolitik, der LAG Queer.Grün.Bayern, der LAG Inklusion und Behindertenpolitik, der LAG Gesundheit und Soziales, der LAG Bildung ~~und~~, der LAG SilberGrüne und BuntGrün Bayern einen Satzungsentwurf zu erarbeiten, wie wir die Zuständigkeit für das Thema „Vielfalt“ adäquat bei einer Person im Landesvorstand verankern.

Begründung

Seit Mai 2023 gibt es auch bei uns in Bayern das landesweite Empowerment-Netzwerk "BuntGrün Bayern", in dem sich Mitglieder vernetzen, die sich als Black, Indigenous, People of Color (BIPoC) definieren oder eine eigene bzw. familiäre Migrationsgeschichte haben und die Rassismus oder rassifizierte Diskriminierung erlebt haben. Auch dieses Netzwerk sollte bei diesem wichtigen Schritt der Organisationsentwicklung zu mehr Vielfalt und Repräsentanz eingebunden sein.

Unterstützer*innen

Antonia Heil (KV Deggendorf), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Michael Sasse (KV Rosenheim), Verena Machnik (KV Starnberg), Martina (Mina) Himmelstoß (KV Traunstein), Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt), Emily Wachelka (KV München), Sandra Smolka (KV Freising), Stefan Schmidt-Bilkenroth (KV Donau-Ries), Lendita Musliji (KV München), Angela Büttner (KV München), Stefan Haas (KV Dachau), Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau), Frank Dürsch (KV München), Alpay Artun (KV Neu-Ulm), Joachim Sommer (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Réka Lörincz (KV Nürnberg-Stadt), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Mouren Heichele (KV Augsburg-Stadt), Lisa Stockmann (KV Fürstenfeldbruck), Nathan Lüders (LV Bayern), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land), Nimet Gökmenoglu (KV München)

Ä1 zu A4: Kultur in aller Breite und Vielfalt

Antragsteller*innen Marion Lüttig (KV München)

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Grüne Kulturpolitik ist geprägt von Transparenz, Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit und Fachexpertise. Im Zentrum der politischen Entscheidungen stehen die Menschen, die der Motor des

Begründung

Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter soll im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 Grundgesetz als Ziel formuliert sein. Im Kulturbereich wird der Gender Pay Gap mit 20 bis 30 Prozent angegeben, den Frauen durchschnittlich weniger als Männer verdienen.

Unterstützer*innen

David Süß (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Mona Fuchs (KV München), Emily Wachelka (KV München), Gabriele Masch (KV München), Frank Dürsch (KV München), Nathan Lüders (LV Bayern)

Ä2 zu A4: Kultur in aller Breite und Vielfalt

Antragsteller*innen Marion Lüttig (KV München)

Nach Zeile 23 einfügen:

4. Geschlechtergerechtigkeit und Gender Mainstreaming sollen als Querschnittsziele und -aufgaben in allen Handlungsfeldern, Sachgebieten, Projekten und Dienstleistungen untersucht und bewertet werden. Es sind entsprechende Maßnahmen zur Erreichung von tatsächlicher Gleichstellung der Geschlechter zu ergreifen.

5. Die haushaltspolitischen Entscheidungen, Maßnahmen, Programme, Regelungen und Haushaltspläne sollen auf ihre Auswirkungen auf Frauen* und Männer* mit dem Gender-Budgeting-Verfahren systematisch analysiert und gestaltet werden.

Begründung

Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter soll im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 Grundgesetz als Ziel formuliert sein. Im Kulturbereich wird der Gender Pay Gap mit 20 bis 30 Prozent angegeben, den Frauen durchschnittlich weniger als Männer verdienen.

Unterstützer*innen

David Süß (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Mona Fuchs (KV München), Emily Wachelka (KV München), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Gabriele Masch (KV München), Nathan Lüders (LV Bayern)

Ä1 zu A8: Menschenrechte schützen, humane Migrationspolitik verteidigen!

Antragsteller*innen	Landesvorstand (dort beschlossen am: 19.01.2024)

Ändern in:
Menschenrechte schützen, humane Migrationspolitik verteidigen, Integration ermöglichen!

Europa bietet Frieden, Freiheit und Sicherheit - nicht nur den EU-Bürger*innen, sondern auch Menschen, die vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung aus Heimatländern wie der Ukraine, Afghanistan oder Syrien fliehen müssen.

Eine Asyl- und Migrationspolitik der Humanität ist Deutschlands historische, grundgesetzliche und völkerrechtliche Verpflichtung. Wir Grüne Bayern werden niemals unsere Verantwortung, unsere Menschlichkeit und unsere Empathie aufgeben. Im Zentrum unserer Politik steht immer der Mensch in seiner Würde und Freiheit.

Die Menschenrechte stehen über allem und sie gelten uneingeschränkt für alle. Wir stehen unverhandelbar zum Recht auf Asyl. Wer vor Gewalt, Krieg und Terror flieht, muss Schutz und Hilfe in unserem Land bekommen. Dafür werden wir immer und unnachgiebig kämpfen. Wir erwarten, dass alle Menschen, die hier leben, unsere Werte anerkennen und respektieren: Z. B. die klare Haltung gegen Antisemitismus, dass Frauen und Männer gleiche Rechte haben und alle Menschen leben und lieben können, wen und wie sie wollen.

Wir nehmen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt, wir sehen das Leid, und wir helfen, wo es nötig ist. Diese Politik des Handelns und Anpackens sichert die Akzeptanz der Bürger*innen. Wir wissen, dass Steuerung, Ordnung und auch Rückführung zur Realität eines rechtsbasierten Einwanderungslandes dazugehören. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr legale und sichere Wege zu uns braucht und wollen zugleich Fluchtursachen konsequent und umfassend bekämpfen. Sie sind das Gegenteil der menschenfeindlichen Festung Europa ebenso wie das Gegenteil unkontrollierter Grenzen. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese Bekenntnis wollen wir mit

Leben erfüllen: Mit einer pragmatischen Politik, die reale Probleme anpackt und echte Lösungen entwickelt.

Bayern hat rund 150.000 geflüchtete Ukrainer*innen und im Jahr 2023 weitere 50.000 Asylsuchende aufgenommen, der Großteil hat eine dauerhafte Bleibeperspektive. Die Bürgermeister*innen und Landrät*innen, Verwaltungen in den Kommunen, Unternehmen und unzählige Freiwillige und zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten seit Jahren hart daran, Unterkünfte zu finden, den Geflüchteten eine psychosoziale Beratung anzubieten, mit Rechtsberatung faire Verfahren zu garantieren und unter anderem mit Sprachkursen und Arbeitsplätzen eine schnelle Integration zu ermöglichen.

Unsere Erfolge im Bund

Für diese große Leistung gilt ihnen unser Dank! Aber Dank ist nicht genug. Es braucht auch eine tatkräftige Unterstützung der Kommunen, Ehrenamtlichen und Unternehmen. Die Bundesregierung sorgt für eine dauerhafte, strukturelle Finanzierung durch den Bund, sodass Länder und Kommunen eine hohe Planungssicherheit haben und die Kommunen, die besonders viele Geflüchtete versorgen, auch mit mehr Geld unterstützt werden. Wir wollen die Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten und vorhalten. Die Bundesregierung hat zudem den Spurwechsel für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen. Arbeit und Beschäftigung ist der stärkste Motor für Integration und stärkt zudem unsere Unternehmen, die händeringend nach Arbeits- und Fachkräften suchen. Für uns gilt: Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Wer hierher kommt, soll seinen Lebensunterhalt auch möglichst schnell selbst verdienen können. Deshalb sollten Arbeitserlaubnisse zügig und für längere Zeiträume erteilt und bürokratische Hürden wie die behördlichen Zustimmungserfordernisse abgeschafft werden.

Was Bayern jetzt tun muss

Für eine gelungene Migrationspolitik und Integration muss endlich auch Bayern handeln. Wir fordern Soforthilfen für die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in Höhe von 500 Millionen Euro. Hilfen des Bundes müssen unverzüglich an die Kommunen weitergeleitet werden. Mit der Errichtung kommunaler, alle Ebenen verzahnender Integrationszentren wollen wir die Integration beschleunigen und vereinfachen und die individuellen Menschen in den Blick nehmen. Wir fordern eine Stärkung der Ausländerbehörden, schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen, und Beratungsstellen für Geflüchtete in ganz Bayern. Integrationsprozesse können digital schneller und reibungsloser erfolgen. Bayern muss die Vernetzung und Finanzierung dafür stellen. Das Angebot für Sprachkurse und auch von begleitender Kinderbetreuung muss in Bayern ausgebaut werden, denn sie sind Grundbedingung für Integration und bestmögliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Bayern

muss wie der Bund eigene Immobilien für die Unterbringung von Geflüchteten bereitstellen. Eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden ist grundsätzlich vorzuziehen. Wenn Menschen die Möglichkeit haben, aus Erstaufnahmezentren, Gemeinschafts- oder Übergangsheimen auszuziehen, muss dies gestattet und unterstützt werden. Die größe weiter benötigter Gemeinschafts- und Übergangswohnheime müssen im Verhältnis zu Größe des Orts stehen mit maximal 75 Unterbrachten für eine menschenwürdige Unterbringung.werden. Die überholten AnkER-Zentren in Bayern wollen wir auflösen.

Für ein menschenrechtsbasiertes gemeinsames europäisches Asylsystem
Zu den Grundwerten der Grünen gehört ein klares Bekenntnis zu Europa. Europa ist stark und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Die großen Aufgaben unserer Zeit müssen grenzüberschreitend und europäisch angegangen werden. Das gilt insbesondere auch für das Handlungsfeld Flucht und Migration. Wir haben uns deshalb immer für ein gemeinsames europäisches Asylsystem eingesetzt, das wirksam, menschenrechtsbasiert und lösungsorientiert ist und das individuelle Recht auf Asyl wahrt. Deutschland hat in den letzten Jahren viel Verantwortung für Europa gezeigt und sehr viele Geflüchtete aufgenommen. In Zukunft müssen auch andere europäische Länder mehr Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist, dass alle schutzsuchenden Menschen, die zu uns kommen, an den Außengrenzen registriert und mit einem verbindlichen Mechanismus fair in Europa verteilt werden Nun kommt ein dauerhafter Solidaritätsmechanismus mit dem Ziel einer maßgeblichen Verbesserung der Verteilung als erster Schritt zu einem verbindlichen Verteilmechanismus

Wir bedauern, dass für diesen europäischen Kompromiss auch Zugeständnisse nötig waren, die nicht unseren grünen Überzeugungen in der Fluchtpolitik entsprechen. Wir setzen uns für den Schutz von Familien und Kindern sowie vulnerablen Gruppen ein und dafür, dass die Genfer Flüchtlingskonvention verbindliche Grundlage für die Einstufung von sicheren Drittstaaten bleibt.Völkerrechtliche und europäische Verpflichtungen müssen eingehalten werden – das erwarten wir nicht nur von der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch von allen anderen EU-Staaten. Wir Grüne setzen uns für eine möglichst vernünftige Umsetzung der Rechtsakte ein. Außerdem gilt es nun umso mehr, Spielräume für Verbesserungen bei der nationalen Umsetzung zu nutzen.

Der Zustand der vergangenen Jahre an den europäischen Außengrenzen, das Leid, das Chaos, der menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten, die Gewalt bei Pushbacks und das Sterben im Mittelmeer sind untragbar. Ordentliche Verfahren sind so nicht gewährleistet. Auch das treibt viele Menschen zu einer weiteren Flucht innerhalb Europas. Wir fordern, dass die EU die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher

Verfahren flächendeckend überwacht und Verstöße wie insbesondere illegale Pushbacks und andere Gewalt gegen Schutzsuchende konsequent sanktioniert. Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere Haftlager mit Zuständen wie in Moria an den Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel in den Iran, nach Syrien oder Afghanistan lehnen wir ab. Die zivile und staatliche Seenotrettung wollen wir stärken, besser koordinieren und ausreichend finanzieren und lehnen Kriminalisierungsversuche ab, denn das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden.

Begründung

Ä1 ist eine Globalalternative zu A8.

Ä1 zu A9: Ankerzentren auflösen, Integration vor Ort ermöglichen

Antragsteller*innen Joachim Sommer (KV Augsburg-Stadt)

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

und jedem Landkreis fungieren, aber insbesondere auch die einzelnen Kommunen bei der Integration vor Ort unterstützen. Außerdem übwinden wir die unnötige bürokratische Doppelstruktur aus Kreis- und Zentralen Ausländerbehörden.

Begründung

Das würde den Betroffenen auch sehr helfen, weil besonders sie im Behörden-Djungel oft verzweifeln und nicht genau idetifizieren können, wer denn wann für sie zusändig ist. Ein Stück mehr Einfachheit wäre das. Und ggf. könnten Prozesse vielleicht schneller erledigt werden.

Unterstützer*innen

Markus Schnitzler (KV Augsburg-Stadt), Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Sandra Smolka (KV Freising), Angela Büttner (KV München), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Patrick Friedl (KV Würzburg-Stadt), Verena Osgyan (KV Nürnberg-Stadt), Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Wolfgang Urban (KV Augsburg-Stadt), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Mouren Heichele (KV Augsburg-Stadt), Alexander Krauss (KV Regensburg-Stadt), Martin Stümpfig (KV Ansbach), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Ä2 zu A9: Ankerzentren auflösen, Integration vor Ort ermöglichen

Antragsteller*innen Joachim Sommer (KV Augsburg-Stadt)

Von Zeile 5 bis 7:

Stattdessen sollen für die Erstaufnahme von Geflüchteten sogenannte ~~Welcome Center~~Ankunftszentren geschaffen werden. Diese sollen dezentral in jeder Metropole, jedem Regionalzentrum und jedem Oberzentrum – gegebenenfalls auch zusätzlich in

Von Zeile 9 bis 10:

kreisfreien Städte und Landkreise mitabdecken. Die Verteilung der Geflüchteten ~~an~~auf die ~~Welcome Center~~Ankunftszentren erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Begründung

An vier Stellen des Antrags wird der Begriff "Welcome Center" ersetzt, da in unseren Grünen Kontexten im Rahmen der Integrationspolitik der Begriff „Welcome Center“ als mögliche und gute Bezeichnung, für die in vielen Städten noch „Ausländerbehörden“ genannten Behörden gehandelt wird. So etwa derzeit in der Stadt Augsburg, wo eine Umbenennung im von uns ausverhandelnden kommunalen Koalitionsvertrag fixiert wurde und derzeit in Entwicklung ist. Um Verwechslungen zu vermeiden, schlage ich deshalb diese Änderung vor. Auch Geflüchtete Meschen würden nach Erstaufnahme in „Ankunftszentren“ dann irgendwann auch von den „Welcome Centern“ (Ausländerbehörden) betreut werden, die aber auch andere Zielgruppen wie eingewanderte Fachkräfte, ausländische Studierende oder Menschen betreuen, die über eine Familienzusammenführung zu uns gekommen sind.

Unterstützer*innen

Markus Schnitzler (KV Augsburg-Stadt), Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Sandra

Smolka (KV Freising), Angela Büttner (KV München), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Patrick Friedl (KV Würzburg-Stadt), Verena Osgyan (KV Nürnberg-Stadt), Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Wolfgang Urban (KV Augsburg-Stadt), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt), Mouren Heichele (KV Augsburg-Stadt), Alexander Krauss (KV Regensburg-Stadt), Martin Stümpfig (KV Ansbach), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Ä1 zu A11: Ja zum Mindestlohn bei Pflichtpraktika! – Alle Lücken im Mindestlohn konsequent schließen.

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München)

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

gesetzlichen Mindestlohn ab. Dementsprechend wollen wir auch, dass Bayern sich dafür einsetzt, dass auch bei Pflichtpraktika der Mindestlohn gezahlt wird.
Da es keine Ausnahmen bei dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn geben soll muss für allen Werkstätten für Menschen mit Behinderung gerpüft werden, ob man deren Mitarbeiten nicht den Status von Arbeitnehmen geben könnten und alle normalen Rechte und Pflichen für Arbeitnehmer.

Begründung

Beschäftig in Werkstätten für Menschen mit Behinderung erhalten nur ein Taschengeld, könnten ein Betreibsrt gründen, weil keine Arbeitnehmer sind. Dafür erhalte bei den Rente den Durchschnitt alle die dort einzhlen als Rentenpunkt.
Diese Sonderwelt muss soweit wie möglichen, abgeschaft werden.

Unterstützer*innen

Michael Sasse (KV Rosenheim), Martina (Mina) Himmelstoß (KV Traunstein), Stefanie Röding (KV Traunstein)

Ä1 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Peter Heilrath (KV München)

Von Zeile 135 bis 137 einfügen:

6. Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig. Auch die Verwirkung einzelner Grundrechte durch das Bundesverfassungsgericht bei solchen Akteuren, die ihre Grundrechte zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbrauchen, muss geprüft werden. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Susanne Herrmann (KV München), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München)

Ä2 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Peter Heilrath (KV München)

Von Zeile 121 bis 123 einfügen:

6. befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Die juristische, politische und gesellschaftliche Ächtung rechtsextremer Parteien und Bewegungen muss für das demokratische Spektrum zur Selbstverständlichkeit werden. Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Susanne Herrmann (KV München), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München)

Ä3 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Peter Heilrath (KV München)

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

4. zu fördern und die Mitarbeitenden von Sicherheitsbehörden weiterzubilden über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien. Zusätzlich unterstützen wir die Weiterentwicklung des Digital Services Act auf europäischer Ebene, um den Einfluss radikalisierender Algorithmen in sozialen Medien einzuhegen. Nicht zuletzt brauchen wir eine dauerhafte, infrastrukturelle Finanzierung für

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Susanne Herrmann (KV München), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München)

Ä4 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

Die neuesten Veröffentlichungen der Correctiv-Recherche "Geheimplan gegen Deutschland" vom 10. Januar 2024 zeigen erneut die menschenverachtenden Pläne rechtsextremer Akteure auf. Bei einem Geheimtreffen in der Nähe von Potsdam

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit

den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Sven-Torsten Gigler (KV München), Lena Voit (KV Bamberg-Stadt)

Ä5 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 22 bis 26:

nicht die Feinde der Demokratie hofieren, indem sie ihre Scheinargumente übernehmen oder gar Kooperationen schmieden. ~~Und es braucht Parteien, die immer wieder deutlich machen: Wir sind mehr. Wir GRÜNE begrüßen die vielen Demonstrationen für die Demokratie in ganz Deutschland in den vergangenen Wochen.~~
Wir Grüne stehen in der Menge der Demokrat*innen, die in diesen Tagen auf den Straßen eindrucksvoll bewiesen haben: Wir sind mehr. Wir stellen uns gemeinsam mit der Zivilgesellschaft dem Rechtsextremismus und seinem parlamentarischem Arm AfD entschlossen entgegen. .

Begründung
Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur

Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Sven-Torsten Gigler (KV München), Lena Voit (KV Bamberg-Stadt)

Ä6 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Regina Hammerl (KV Regensburg-Land)

Von Zeile 122 bis 126:

6. allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Nach ~~dem Vorbild von~~ Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss auch der bayerische Verfassungsschutz die Prüfung zur AfD ~~nun endlich auch in~~intensivieren und zeitnah eine Bewertung der Faktenlage bezüglich der AfD Bayern vornehmen. Sollte der AfD Landesverband Bayern dann als eine gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft ~~und~~werden, so muss sie von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden. Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen

Von Zeile 130 bis 137:

6. beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, ~~für einen Verbotsantrag~~ die Erfolgsaussichten eines Verbotsantrag gründlich zu prüfen und einen breiten Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus~~. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig~~. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls

Begründung

„Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden.“

> Diese Formulierung halte ich für ungeschickt. Es erweckt den Eindruck, als wäre der Bayrische Verfassungsschutz nicht unabhängig, sondern würde auf Geheiß der Politik agieren. Das ist kontraproduktiv.

Ebenso:

„Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig.“
Wie Martin Becher kürzlich in einem Vortrag sagte, die AfD ist nicht bundesweit „einheitlich“, daher wirkt diese Forderung nach einer einheitlichen Bewertung so, als würde die Politik hier einen Befehl an den VfS geben.
Man kann fordern, dass die Prüfung intensiviert wird, mehr Ressourcen dafür eingesetzt werden, da ja auch die Zusammensetzung der AfD-Fraktion im Landtag ein Spiegel der zunehmenden Radikalisierung der AfD Bayern ist.
Mein Änderungsvorschlag ist ein Versuch hier weniger Raum für Fehlinterpretationen zu lassen, aber ich bin auch offen für andere Formulierungen, die das erreichen. :)

Unterstützer*innen

Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Sven-Torsten Gigler (KV München)

Ä7 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 26 bis 31:

Die Gefahr, welche von der AfD ausgeht, ist unmittelbar und immens. Sie ist eine rechtsextreme Partei, die den Boden unsere Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt - egal, ob in der Kommune, im Landkreis, im Landtag oder im Bundestag. Deshalb befürworten wir GRÜNE weiter, dass rechtsrextreme Strukturen mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden.
~~Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die Debatte ein.~~

Deshalb setzen wir uns als Bayerische GRÜNE dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerten rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie gegen ihre Feinde zum Einsatz kommen:

1. Staatliche Mittel entziehen: Wir GRÜNE Bayern setzen uns dafür ein, dass die rechtsextreme AfD und ihre Gliederungen von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden. Die Demokraite darf ihre Feinde nicht finanzieren. Sobald ausreichend Kriterien vorliegen, muss ein entsprechender Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden.

2. Missbrauch der Grundrechte beenden: Wir GRÜNE Bayern setzen uns dafür ein, dass denjenigen Politiker*innen der rechtsextremen AfD jene Grundrechte entzogen werden, die sie zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung missbrauchen. Wenn die Kriterien erfüllt sind, muss ein entsprechender Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden.

3. Parteiverbot prüfen: Wir Grüne Bayern setzen uns dafür ein, dass ein Verbot der rechtsextremen AfD und ihrer Gliederungen geprüft wird. Die Feinde der Demokratie dürfen nicht ihre Mittel nutzen, um sie abzuschaffen. Sobald stichhaltige Belege für ein Parteiverbotserbotsverfahren gesammelt wurden, muss ein entsprechender Prüfantrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden. Sofern die Voraussetzungen für einzelne Landesverbände der AfD zuerst vorliegen, streben wir für sie einen früheren Prüfantrag an. Auch ein Verbot der als Verein organisierten Jugendorganisation 'Junge Alternative' muss geprüft werden.

4. Übergreifende Zusammenarbeit zur Gefahrenabwehr: Wir GRÜNE Bayern sprechen uns für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus, welche Schritten gegen die rechtsextreme Bedrohungen bundesweit gemeinsam koordiniert.

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und

dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Konstantin Behling (KV Bamberg-Stadt), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Teresa Kressel (KV Bamberg-Land), Juliane Fuchs (KV Bamberg-Stadt), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Joshua Pyka (KV Kronach), Niko Scholz (KV Bamberg-Stadt), Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Christoph Hendrik Kluck (KV Bayreuth-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Katharina Stahl (KV Bamberg-Stadt), Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt), Mirjam Novak (KV Forchheim)

Ä8 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 32 bis 33:

~~Als Bayerische GRÜNE~~Daneben müssen wir unsere Demokratie aber auch mittel- und langfristig stärken. Daher setzen wir uns als Bayerische GRÜNE für einen ~~6~~5-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Bayern ein:

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit

den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt)

Ä9 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 112 bis 138 löschen:

~~6. **Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die AfD ist eine in großen Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Deshalb befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden. Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie in Bayern die öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen Verbotsantrag die Erfolgsaussichten gründlich zu prüfen und einen breiten Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls entscheidend.~~

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht

möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land)

Ä10 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Andrea Roso (KV Würzburg-Land)

Redaktionelle Änderung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Von Zeile 19 bis 23:

eine starke Zivilgesellschaft. Und es braucht Parteien, die sich über alle Parteigrenzen hinweg klar abgrenzen gegen ~~Demokratiefeinde, Antisemiten~~Demokratiefeind*innen, Antisemit*innen und ~~Rassisten~~Rassist*innen. Parteien, die unsere Demokratie robust verteidigen. Parteien, die nicht die ~~Feinde~~Feind*innen der Demokratie hofieren, indem sie ihre Scheinargumente übernehmen oder gar Kooperationen schmieden. Und es braucht Parteien, die immer

Begründung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Unterstützer*innen

Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land)

Ä11 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Andrea Roso (KV Würzburg-Land)

Redaktionelle Änderung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Von Zeile 27 bis 30:

Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten gegen diese ~~Feinde~~Feind*innen unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische Koalition gegen die rechtsextremen ~~Feinde~~Feind*innen unserer Demokratie an, sind gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die

Begründung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Unterstützer*innen

Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land)

Ä12 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Andrea Roso (KV Würzburg-Land)

Redaktionelle Änderung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Von Zeile 37 bis 41:

1. Formen des Rechtsextremismus in den Blick und arbeiten grenzüberschreitend zusammen, um sie zu bekämpfen. ~~Rechtsextremisten~~Rechtsextremist*innen müssen konsequent entwaffnet und der Fahndungsdruck gegenüber untergetauchten Neonazis und ~~Rechtsextremisten~~Rechtsextremist*innen massiv erhöht werden. Bayern braucht eine konsequente Erfassung und Verfolgung von Gewalt und Hetze im Internet. Dafür richten

Von Zeile 84 bis 86:

4. linksextremen Akteur*innen. So legen wir die Vernetzungen der verschiedenen ~~Akteure~~Akteur*innen offen und stärken sachliche zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit und Präventivangebote. Es ist notwendig, mehr

Begründung

Gendern auch von negativen Begriffen wie Feind*innen oder Rassist*innen
Zur Gleichberechtigung der Geschlechter gehört es auch, dass wir anerkennen, dass nicht nur Männer Negatives machen, sagen oder denken, sondern alle Geschlechter. Dies sollten wir in unseren Texten reflektieren und durchgehend geschlechtergerechte Sprache verwenden - auch für negative Begriffe.

Unterstützer*innen

Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land)

Ä1 zu I2: Für ein menschenwürdiges Bürger:innengeld

Antragsteller*innen Lucas Pöllinger (KV Schwandorf)

Von Zeile 2 bis 5:

Bayern auf Förderung, Weiterbildung und eigenständige Neuorientierung zur langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt. ~~Eigene Erwerbsarbeit muss sich immer lohnen und honoriert werden. Das erreichen wir durch Anreize und gute Löhne.~~Das von uns erkämpfte Bürgergeld schützt uns alle in finanziellen Notlagen. Es ist eine wertvolle soziale Errungenschaft, denn das Grundgesetz gewährt ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Mit dem Bürgergeld erhalten Menschen, die längere Zeit nach Arbeit suchen oder die aufgrund von Krankheit oder Kinderbetreuung weniger arbeiten können, die notwendige Unterstützung.

Unterstützer*innen

Müller Sascha (KV Schwabach), Winklmann Tina (KV Schwandorf)

Ä2 zu I2: Für ein menschenwürdiges Bürger:innengeld

Antragsteller*innen Lucas Pöllinger (KV Schwandorf)

Von Zeile 20 bis 22 löschen:

~~Daher fordern wir GRÜNE Bayern die Grünen Mandatsträger:innen und die Bundespartei dazu auf, dem aktuellen Gesetzentwurf aus dem Bundeskabinett und vergleichbaren Einigungen nicht zuzustimmen.~~

Unterstützer*innen

Müller Sascha (KV Schwabach), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Erwin Behner (KV Dillingen)

Ä3 zu I2: Für ein menschenwürdiges Bürger:innengeld

Antragsteller*innen Lucas Pöllinger (KV Schwandorf)

Von Zeile 18 bis 19 löschen:

Stigmatisierung. Ein Zurückfallen hinter die Einigung zum Bürger:innengeld aus dem Jahr 2023 wäre ein politischer ~~und moralischer~~ Fehler.

Unterstützer*innen

Müller Sascha (KV Schwabach), Winklmann Tina (KV Schwandorf)

Ä4 zu I2: Für ein menschenwürdiges Bürger:innengeld

Antragsteller*innen Lucas Pöllinger (KV Schwandorf)

Von Zeile 6 bis 8:

Die Koppelung von Leistungen an das Annehmen von Jobangeboten widerspricht hingegen der Idee des Bürger:innengelds mit seinem Prinzip ~~des Fördernsder~~ Unterstützung. Sanktionen führen wie auch schon im Hartz IV-System nicht zu weniger Armut.

Unterstützer*innen

Müller Sascha (KV Schwabach), Winklmann Tina (KV Schwandorf)

Ä1 zu I4: Bayerische Landwirtschaft – fit für die Zukunft

Antragsteller*innen Lukas Spanier (KV München)

Von Zeile 20 bis 25 löschen:

~~Der vorsorgende Verbraucher*innenschutz und die gesicherte gentechnikfreie Landwirtschaft müssen erhalten bleiben. Konzerninteressen dürfen nicht vor dem Schutz der Verbraucher*innen, der Umwelt und der natürlichen Artenvielfalt stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass gentechnisch veränderte Erzeugnisse, d. h. auch die neuen genomischen Techniken (NGT), zukünftig als solche gekennzeichnet werden müssen.~~

Begründung

Der Absatz ist sowohl inhaltlich als auch formell falsch.
Die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel ist durch EU-Recht bereits vorgeschrieben. Diese schließt, aller wissenschaftlicher Einwände zum Trotz, auch die sog. neuen genomische Techniken ein. Eine Forderung, "zukünftig" diese zu kennzeichnen ist somit obsolet, da dies bereits Realität ist. Zu suggerieren, das solch eine Kennzeichnungspflicht nicht existiere, ist ebenfalls falsch. Soweit zum Inhaltlichen.
Es wird also der Erhalt des Status Quo von EU-Recht gefordert, welches derzeit ohnehin nicht in Frage gestellt wird. In wie weit dies dem überliegenden Anliegen des Antrags, als Reaktion auf die Proteste gegen die Bundespolitik, die Situation der Bäuerinnen verbessern zu wollen dienlich sein soll, bleibt offen, da es den Antragsstellerinnen sichtlich darum geht, eben nichts zu verändern. Somit ist in diesem Absatz auch die für einen Initiativantrag notwendige Dringlichkeit nicht gegeben, weshalb er auch formell abzulehnen ist.

Ä2 zu I4: Bayerische Landwirtschaft – fit für die Zukunft

Antragsteller*innen Lukas Spanier (KV München)

In Zeile 19 löschen:

~~**Bayern bleibt gentechnikfrei**~~

Begründung

Siehe ÄA1.

Redaktionelle Streichung auf Grund des Entfalls des zugehörigen Absatzes.

Ä1 zu I5: Keine Eurofighter für Saudi-Arabien!

Antragsteller*innen Peter Heilrath (KV München)

Von Zeile 36 bis 38:

~~Bündnis 90/Die Grünen Bayern rufen die Bundesregierung dazu auf, den Koalitionsvertrag einzuhalten und keine Waffenlieferungen an Saudi Arabien freizugeben.~~Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, keine Rüstungsexporten an Länder mit einer problematischen Menschenrechtslage zu genehmigen. Solange Saudi Arabien Völkerrecht und Menschenrechte missachtet, sollten bei den künftigen Entscheidungen im Bundessicherheitsrat keine Waffenlieferungen an Saudi Arabien freigegeben werden.

Wir fordern den Landesvorstand auf, Räume zur Diskussion in unserem Landesverband zu schaffen, um uns mit den Fragen von Rüstungsexporten intensiver auseinanderzusetzen.